

# Eine alternative Sicherheitsarchitektur nach dem Ukrainekrieg

von Malte Lühmann

Der Krieg in der Ukraine ist weiterhin in vollem Gange. Die russischen Streitkräfte setzen ihren Angriff unvermittelt fort und halten große Teile des Nachbarlandes besetzt. Die ukrainische Armee tut ihr Möglichstes, dem Angriff zu widerstehen und erhält dafür Unterstützung vor allem in Form umfangreicher Waffenhilfe von EU und NATO. Europa und seine Nachbarn sind damit aktuell noch weiter von Frieden und „gemeinsamer Sicherheit“ entfernt als lange zuvor. Wann und unter welchen Bedingungen dieser Krieg ein Ende finden wird, ist aus heutiger Sicht unabsehbar. Angesichts der täglich steigenden Opferzahlen und des unermesslichen Leids der Bevölkerung in den zerstörten Dörfern und Städten der Kampfzone, aber auch im Rest der Ukraine und auf der Flucht, ist zu hoffen, dass es möglichst schnell zu einer Lösung kommt. Wie auch immer diese Lösung kurzfristig aussehen mag, schließt sich auf mittlere Sicht die Frage an, wie nach diesem Krieg ein dauerhafter Frieden und eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa zu organisieren sind.

Nimmt man die Wortmeldungen aus der herrschenden Politik zu diesem Thema ernst, dann wird sich eine zukünftige Sicherheitsarchitektur Europas wesentlich auf den Ausbau militärischer Fähigkeiten mit einem erhofften Abschreckungseffekt stützen und in geopolitischer Gegnerschaft zu einem dauerhaft bedrohlichen Russland befinden. Einem solchen prekären Nicht-Krieg mit all seinen gesellschaftlichen Folgen (anhaltende Militarisierung, permanenter Aufrüstungsdruck, Versicherheitlichung vieler Politikbereiche, ständige Eskalationsgefahr, etc.) sind aus linker Perspektive alternative Konzepte entgegenzuhalten.

Für die Suche nach Alternativen zur herrschenden Sicherheitsarchitektur sind drei Aspekte grundlegend: Erstens sollte diese nicht nur auf die Prävention von Krieg abzielen, sondern zumindest die Voraussetzungen beinhalten, um die Transformation von Gesellschaften voranzutreiben. Sicherheit ist dabei nicht eng als Sicherheit zwischen Staaten zu denken und damit auch nicht militärisch zu erreichen. Zweitens ist die Befreiung der

Menschen von herrschaftlichen Zwängen ein breiteres Ziel und letztlich nur durch gesellschaftliche Veränderungen umsetzbar, die über die herrschenden Verhältnisse des globalen Kapitalismus hinausgehen. Drittens mahnt der Blick auf die herrschenden Machtverhältnisse zur Zurückhaltung bei der Einnahme einer „Staatsperspektive“<sup>1</sup> und lässt es notwendig erscheinen, politische Handlungsfelder jenseits des Staates zu erschließen.

## Vom Konzept gemeinsamer Sicherheit zu Ukrainekrieg und Zeitenwende

Aktuelle Überlegungen zu friedenspolitischen Alternativen kommen nicht ohne ein Verständnis der historischen Entwicklungen aus. Den Ausgangspunkt eines entsprechenden Rückblicks bildet das vorläufige Ende der Ost-West-Konfrontation durch den Zusammenbruch von Sowjetunion und Warschauer Pakt Anfang der 1990er Jahre. Diese Ereignisse öffneten kurzzeitig ein Gelegenheitsfenster, in dem eine nachhaltige Entspannung möglich schien. In den 1970er und 1980er Jahren begannen Ost und West verschiedene Verträge zur Rüstungskontrolle und zur Begrenzung weiterer Aufrüstung sowohl in Bezug auf atomare als auch auf konventionelle Waffen auszuhandeln. SALT I (1972), ABM-Vertrag (1972), SALT II (1979), INF-Vertrag (1987), KSE-Vertrag (1990), START 1 (1991) und 2 (1993) waren Ergebnisse solcher Verhandlungen. Parallel etablierten beide Seiten ab 1973 gemeinsame Foren zum politischen Austausch, die im sog. „Helsinki-Prozess“ zur Gründung der OSZE (1995) führten. Weitere Schritte beinhalteten die Aufnahme Russlands in den Europarat (1996) und die gegenseitigen Konsultationen zwischen Russland und der NATO seit 1991, die schließlich bis zur Gründung des NATO-Russland-Rates (2002) weiterentwickelt wurden. In diesem Prozess entstand ein Konzept gemeinsamer Sicherheit: „Beide Seiten brauchen Sicherheit, nicht vor dem Gegner, sondern mit dem Gegner. Eigene Sicherheit kann nicht auf Kosten der Sicherheit des Gegners erreicht werden.“<sup>2</sup>

Während diese Entwicklungen auf internationaler Ebene hoffnungsvoll schienen, wurde der postsowjetische Raum in den 1990er Jahren in den globalen Kapitalismus integriert, was schwerwiegende wirtschaftliche, soziale und politische Folgen in Russland und den anderen betroffenen Gesellschaften hatte. Angesichts des ökonomischen Niedergangs, der neuen politischen Macht der Oligarch:innen und politischer Krisen einschließlich des ersten Tschetschenienkriegs (1994-1996) übernahmen schließlich Ende der 1990er Jahre die sog. „Silowiki“ (einflussreiche Mitglieder der Geheimdienst- und Militärapparate) zunehmend politische Machtpositionen bis hin zur Wahl von Wladimir Putin zum Präsidenten im Jahr 1999.<sup>3</sup> In der Folgezeit nahm der Staat wieder eine aktiver koordinierende Rolle in der Wirtschaft ein, mit dem Ziel mehr ökonomische und politische Stabilität zu erreichen. Für die anschließende Konsolidierung der Machtverhältnisse in Russland unter Präsident Putin bildete ein autoritärer Nationalismus den ideologischen Unterbau.<sup>4</sup>

Diese inneren Verwerfungen standen in engem Zusammenhang zur außen- und sicherheitspolitischen Lage des postsowjetischen Russlands. Denn mit dem Ende der Blockkonfrontation wählte sich der Westen als Sieger der Geschichte, angeführt von den USA als einzig verbliebene Supermacht. Diese Position wurde durch die schrittweise Erweiterung von NATO und EU nach Osten teils bis an die russische Grenze zementiert. Teil dieser Entwicklungen war auch eine Erosion der gegenseitigen Rüstungskontrolle und nuklearen Abrüstung. Schon im Jahr 2002 kündigten die USA den ABM-Vertrag, um ungehindert ein strategisches Raketenabwehrsystem entwickeln und installieren zu können – vorgeblich zur Abwehr möglicher iranischer Angriffe. Weitere Verträge wurden im Streit zwischen USA und Russland nach und nach ausgesetzt bzw. gebrochen.

Und es blieb nicht bei gekündigten Verträgen. Das Verhältnis zwischen EU/NATO auf der einen und Russland auf der anderen Seite wurde auch durch die Kriege der 1990er, 2000er und 2010er Jahre geformt. Auf der einen Seite stehen dabei die Kriege bzw. Interventionen von USA und NATO in Jugoslawien/Kosovo, Irak, Afghanistan, Libyen und Syrien. Der Westen demonstrierte in diesen Kriegen seine Bereitschaft, die eigene Weltordnung gewaltsam durchzusetzen – im Zweifelsfall auch unter Bruch des geltenden Völkerrechts und unter Umgehung der UNO. Auf der anderen Seite stehen die Versuche Russlands, mit Gewalt die eigene territoriale Integrität, die angestrebte Rolle als globale Macht sowie die Kontrolle über die Nachbarschaft gegen pro-westliche Souveränitätsbestrebungen und den Zugriff der NATO durchzusetzen. Tschetschenien, Syrien und Georgien waren Kriegsschauplätze

in diesem Kontext. Schließlich wurde die Ukraine zum zentralen Feld der Auseinandersetzung zwischen Russland und dem Westen, indem beide Seiten massiv versuchten Einfluss auf die politische Orientierung des Landes zu nehmen, ein Konflikt der schon 2014 in den noch begrenzten Krieg in der Ostukraine mündete.

Am vorläufigen Ende der beschriebenen Entwicklungen steht der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine seit Februar 2022 und infolgedessen die nunmehr offen erklärte Gegnerschaft zwischen Russland und der EU/NATO. Wie der Blick zurück zeigt, wechselten die politischen Vorzeichen aber schon seit dem Beginn der 2000er Jahre von „gemeinsamer Sicherheit“ zu erneuter Konfrontation. Das hing mit der untergeordneten Integration der postsowjetischen Staaten in den globalen Kapitalismus und den damit einhergehenden sozialen Verheerungen, mit der von der russischen Regierung als Bedrohung betrachteten Ausbreitung westlicher ökonomischer (EU) wie militärischer (NATO) Bündnissysteme nach Osten sowie mit dem Aufkommen eines revisionistischen Nationalismus in Russland zusammen. Für die Frage einer zukünftigen Sicherheitsarchitektur bedeutet das vor allem zwei Dinge: Erstens sollte sich der Aufbau von Vertrauen nicht nur auf die militärische Ebene beziehen. Auch ökonomische Aspekte und insbesondere die Gegensätze, die sich aus der Position der Staaten in der Weltwirtschaft ergeben, müssten im Verhältnis zwischen EU/NATO und Russland aktiv mit dem Ziel des Ausgleiches bearbeitet werden. Zweitens sind die Vereinbarungen der früheren Sicherheitsarchitektur nie über den Punkt der Rüstungskontrolle und -begrenzung hinausgekommen. Substantielle Schritte zur Abrüstung, die einen erneuten Rückgriff auf militärische Gewalt zumindest schrittweise weiter erschwert hätten, sind auf beiden Seiten ausgeblieben.

### **Elemente einer alternativen Sicherheitsarchitektur zwischen Europa und Russland**

Aktuell sind politische Handlungsperspektiven auch in der gesellschaftlichen Linken zumeist unmittelbar auf den Krieg in der Ukraine gerichtet. Schnelle Lösungen sind dabei nicht zu erwarten. Für die weiterführende Frage nach einer langfristigen Friedensperspektive und einer alternativen Sicherheitsarchitektur in Europa können wir allerdings an vielen Stellen auf frühere Vorschläge und Debatten zurückgreifen. Diese Überlegungen stellen zwar kein Rezept zur Beendigung des aktuellen Krieges in der Ukraine dar. Sie eröffnen aber Alternativen zur aktuellen Eskalationslogik, ohne die kaum Hoffnung auf eine grundlegende Verbesserung der Situation besteht.



Haus Europa in Eschlkam. Quelle: Wikimedia Commons/ Waldschmidt.

### **Vertrauensbildende Maßnahmen**

Am Anfang jeder Form der Verständigung gilt es ein Mindestmaß an Vertrauen in die gegenseitige Verlässlichkeit zu schaffen, auf dessen Grundlage weitergehende Verhandlungen erst aufgenommen werden können. Hier läge der Übergang von einem wie auch immer gestalteten Waffenstillstand im Ukrainekrieg hin zu weiterführenden Schritten. Frühere Vereinbarungen zwischen Russland und der Ukraine, wie das Getreideabkommen oder der Austausch von Gefangenen und von sterblichen Überresten getöteter Militärangehöriger wären Anknüpfungspunkte für diplomatische Gespräche, die potentiell unter Einbeziehung weiterer Akteur:innen (z.B. China) ausgeweitet werden könnten.<sup>5</sup> Die (Wieder-)Eröffnung von direkten Kommunikationskanälen zwischen Russland und der NATO sowie die Wiederbelebung bestehender Dialogforen insbesondere in der OSZE wären weitere Schritte in diese Richtung. Vertrauensbildung ist dabei ein langwieriger Prozess, der nicht nur auf militärische und sicherheitspolitische Bereiche beschränkt sein kann. Vielmehr fließen die gegenseitigen Erfahrungen auf verschiedenen politischen Feldern in das Bild der Glaubwürdigkeit des anderen ein. Angesichts des seit den 2000er Jahren stetig gewachsenen Misstrauens zwischen Russland und dem Westen wird es Jahre dauern, um ein Mindestmaß an Glaubwürdigkeit herzustellen. Eine wichtige Grundlage zur Vertrauensbildung zwischen den Staaten sollte dabei die Einhaltung des Völkerrechts sein, das beim Angriff auf die Ukraine, bei der russischen Annexion der Krim und Teilen der Ostukraine, aber auch im Kosovokrieg (1999) und im Irakkrieg (2003) gebrochen wurde.

### **Rüstungskontrolle und Transparenz**

Zu den Kernbereichen der Vertrauensbildung gehören Maßnahmen, die Transparenz über Waffensysteme und militärische Kapazitäten herstellen. Diese dienen in erster Linie der Risikobegrenzung und damit der Stabilität des zwischenstaatlichen Verhältnisses. Detaillierte Vorschläge zur schrittweisen Wiederaufnahme eines gegenseitigen und freiwilligen Austausches von Informationen über Standorte und Truppenbewegungen, bis hin zur Festlegung von Regeln zum Umgang bei Begegnungen auf See und in der Luft, wurden von zivilgesellschaftlicher Seite erarbeitet und könnten wieder aufgegriffen werden.<sup>6</sup> Ein absehbarer Knackpunkt wird dabei die Frage der grenznahen Stationierung von Streitkräften und insbesondere von Mittelstreckenraketen sein, denn durch die Aufnahme Finnlands und vorher der baltischen Staaten in die NATO hat sich die Länge der direkten Grenze zwischen Russland und der NATO auf gut 2500 km verdoppelt. Auch die Kontrolle der Atomwaffenarsenale muss mit neuen Ansätzen wieder aufgenommen werden, zum Beispiel nach dem Muster der „verhaltensorientierten Rüstungskontrolle“.<sup>7</sup>

### **Gemeinsame Institutionen**

Die bisher benannten Elemente könnten im Prinzip eine Wiederbelebung der früheren Sicherheitsarchitektur bedeuten, insbesondere der OSZE. Doch angesichts des offensichtlichen Scheiterns der OSZE wäre vielmehr ein grundlegender Diskussionsprozess notwendig, in dem ein neues gemeinsames Verständnis von

Sicherheit zwischen Russland und Europa erarbeitet und in entsprechenden Institutionen verankert werden würde.<sup>8</sup> Die Erweiterung und starke Aufwertung der NATO im Vorfeld und jetzt in Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine muss dabei zunächst als Realität anerkannt werden, auch wenn sie einer solchen Verständigung mittelfristig im Weg steht. Insbesondere die Angst der osteuropäischen NATO-Mitglieder vor einer erneuten russischen Aggression und die damit zusammenhängende Forderung nach Sicherheitsgarantien gegenüber Russland darf auch aus linker Perspektive nicht abgetan werden. Es bleibt aber auch richtig, dass zwischenstaatliche Sicherheit durch Abschreckung und Aufrüstung immer prekär ist und gefährliche Wirkungen hat. Zu einem fortgeschrittenen Zeitpunkt sollte ein neuer Verhandlungsprozess mit Russland deshalb als denkbare Perspektive die Auflösung der NATO als Bündnis gegen Russland zugunsten eines gemeinsamen Sicherheitssystems mit gegenseitigen Garantien beinhalten. Das ist nicht zuletzt eine wichtige Lehre aus den Entwicklungen der 1990er und 2000er Jahre, in denen auf eine unvollständige Entspannung neue Eskalation folgte.

### **Abrüstung**

Ein positiver Frieden als Prozess und Zielsetzung linker Politik macht bei der Stabilisierung bestehender Verhältnisse nicht halt. Mit Rüstungskontrolle allein ist es daher nicht getan. Aus linker Perspektive muss eine europäische Sicherheitsarchitektur darüber hinaus den Abbau militärischer Kapazitäten mit dem langfristigen Ziel ihrer vollständigen Abschaffung beinhalten. Um die aktuelle Aufrüstungsspirale in einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur zu durchbrechen, braucht es einen Aushandlungsprozess, der von Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle und Transparenz über Regelungen zur Begrenzung von Waffensystemen und Stationierungen bis zur Ausmusterung von Waffen und der schrittweisen Verkleinerung militärischer Kontingente reicht. Verhandlungen über die Begrenzung konventioneller Streitkräfte können an Vorschläge zur Überarbeitung und Erweiterung des KSE-Vertrages anknüpfen und unkonventionelle Formen der Kriegsführung (Cyberattacken, Unterstützung irregulärer bewaffneter Verbände, usw.) einschließen.<sup>9</sup>

Nach dem Ende des Ukrainekrieges und angesichts des finanziellen Ungleichgewichts ist eine massive konventionelle Übermacht der NATO gegenüber Russland aufgrund der dort erlittenen Verluste absehbar. Selbst wenn zunächst an dem Ziel festgehalten wird, die Verteidigungsfähigkeit gegen etwaige russische Angriffe aufrechtzuerhalten, sind damit auch einseitige Schritte zur Abrüstung auf dem Weg zur Entspannung

denkbar. Auch ein Umbau europäischer Armeen nach dem Prinzip der „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“<sup>10</sup> (das allerdings aktualisiert werden müsste) wäre ein möglicher Zwischenschritt auf dem Weg zu umfassenderer Abrüstung. Neben konventionellen Waffen, deren Kontrolle und Begrenzung zur Entschärfung der Ost-West-Konfrontation wieder wichtiger werden muss, sollte die Abschaffung von Atomwaffen ein weiteres Feld der Abrüstungspolitik sein. Auch europäische Staaten haben hier Handlungsspielräume, etwa in Bezug auf die eigenen Arsenale in Frankreich und Großbritannien, die Stationierung US-amerikanischer Atomwaffen oder bezogen auf die Aufstellung von Raketenabwehrsystemen. Darüber hinaus besteht in diesem Feld auch die Chance zur Ergreifung einzelstaatlicher Initiativen wie z.B. eine deutsche Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages.

### **Friedliche Außenpolitik**

Eine Politik, die auf Verständigung und Deeskalation setzt, muss nicht nur im militärischen Bereich grundlegende Änderungen vornehmen. Insgesamt muss die Außenpolitik dazu unter Verzicht auf Gewaltmittel neu ausgerichtet werden. Orientierungspunkte sind dabei linke Ansätze zur zivilen Konfliktbearbeitung und -prävention, die auf eine nicht-kriegerische Austragung von Konflikten mittels Verhandlung, Mediation, etc. setzen.<sup>11</sup> Aufgrund ihrer konfliktverschärfenden Wirkung sind parallel zu eigenen Abrüstungsbemühungen Rüstungsexporte im Sinne einer friedlichen Außenpolitik einzustellen. Schließlich gehört dazu eine konsequent auf Bewegungsfreiheit ausgerichtete Asyl- und Migrationspolitik, die Krieg und globale soziale Ungleichheit als wesentliche Fluchtursachen erkennt und bekämpft.<sup>12</sup> Insgesamt ist eine Neuausrichtung der Außenpolitik so als Teil einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa zu betrachten, denn sie hilft den Raum zu öffnen, in dem zwischenstaatliche Konflikte an ihren gesellschaftlichen Grundlagen bearbeitet und internationale Beziehungen befriedet werden können.

Die dargestellten Konzepte lassen sich in einer neuen Sicherheitsarchitektur verbinden, die eine Alternative zur andauernden Konfrontation unter dem Motto „Sicherheit vor Russland“ darstellt. Annäherung und Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Transparenz sind Einstiegsunkte auf Basis der Einsicht, dass Sicherheit langfristig nur gemeinsam mit früheren oder aktuellen Gegner:innen erreicht werden kann. Aus linker Perspektive ist es beim Nachdenken über eine Sicherheitsarchitektur aber wichtig, nicht bei der Stabilisierung eines potentiellen Nachkriegs-Status-quo stehen zu bleiben. Eine progressive Alternative sollte stattdessen als fortschreitender Prozess betrachtet

werden, der weitere Schritte der Abrüstung und einen grundlegenden Wandel der Außenpolitik beinhaltet und diese mit anderen Ansätzen zur gesellschaftlichen Transformation verknüpft.

### Friedenspolitik heute – Vorgehen in schwierigem Gelände

Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine sind neue Dimensionen der Eskalation zwischen Russland und dem Westen erreicht, die vorher kaum vorstellbar schienen. Angesichts unvorhersehbarer Zukunftsaussichten liegt für manche die Versuchung nahe, zur vermeintlichen Stabilität früherer Verhältnisse der geteilten Einflussphären zurückkehren zu wollen. Gerade aus Sicht der osteuropäischen und ukrainischen Linken kann diese Vergangenheit aber kein Modell für die Zukunft sein.<sup>13</sup> Das wird umso deutlicher, wenn die vielen Kriege weltweit mit in den Blick genommen werden, an denen Russland und Europa schon vorher beteiligt waren und immer noch sind. Eine neue Friedensordnung in Europa unter Einschluss Russlands muss stattdessen progressiv sein, das heißt sie muss Wege zur gesellschaftlichen Veränderung öffnen, indem sie Gewalt als Mittel der Konfliktbearbeitung, aber auch als Herrschaftsinstrument, ächtet und verdrängt.

Sich in die öffentliche Debatte mit Vorschlägen für progressive Alternative zur herrschenden Politik einzubringen, ist ein wichtiges Handlungsfeld linker Politik. Die Schwierigkeiten einer Politik mit „Staatsperspektive“ lassen es aber notwendig erscheinen, auch andere Wege zu suchen, um die Ziele linker Friedenspolitik zu erreichen. Ingar Solty spricht in diesem Zusammenhang von „transformatorischem Bewegungsimpernationalismus“, der auf realen Verknüpfungen zwischen progressiven Bewegungen über Grenzen hinweg aufbaut. Die internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) ist ein Beispiel für eine solche Bewegung. Ein anderes bemerkenswertes Beispiel sind die Aktivitäten der Transnational Social Strike Platform, die schon im Juli 2022 als Grundlage gemeinsamer Politik ein „Manifest für eine Transnationale Friedenspolitik“ aus ihrer Bewegungsperspektive erarbeitet hat.<sup>14</sup> Zu Beginn des Manifests heißt es: „Wir kommen aus unterschiedlichen Orten und Kontexten, aber als Subjekte, die hauptsächlich im europäischen Raum leben, erkennen wir die Notwendigkeit an, Europa zu einem Feld der Auseinandersetzung zu machen. Wir glauben, dass es an der Zeit ist, mutig genug zu sein, um eine transnationale Politik für ein besseres Leben zu denken und zu praktizieren, frei von Unterdrückung, Armut, Rassismus und Patriarchat.“ Diese und andere Ansätze transnationaler linker Friedenspolitik in Europa schaffen sowohl Hoffnung als

auch praktische Handlungsmöglichkeiten, die unbedingt ausgebaut werden sollten.

### Anmerkungen

- 1 Solty (2016): Exportweltmeister in Fluchtursachen, [rosalux.de](http://rosalux.de) (Zugriff: 10.11.23).
- 2 Jokisch (2023): Konturen alternativer Sicherheitsarchitekturen in Europa, *IMI-Analyse 18/2023* (10.11.23).
- 3 Cedillo (2023): Dieser Krieg endet nicht in der Ukraine, [transversal.at](http://transversal.at) (10.11.23).
- 4 Khazanov (2002): Russischer Nationalismus heute – zwischen Osten und Westen, [eurozine.com](http://eurozine.com) (10.11.23).
- 5 Debiel (2022): Putins Krieg wird irgendwann enden – auf 5 Punkte sollten wir uns vorbereiten, [focus.de](http://focus.de) (10.11.23).
- 6 Vieluf (2021): Vertrauen ist gut, Rüstungskontrolle ist besser, *Wissenschaft & Frieden Dossier 92* (10.11.23).
- 7 Kühn (2023): Verhaltensorientierte Rüstungskontrolle, [bundestag.de](http://bundestag.de) (10.11.23).
- 8 Wulf (2022): Escalation, De-escalation and Perhaps – Eventually – an End to the War?, [toda.org](http://toda.org) (10.11.23).
- 9 Hartmann; Schmidt (2011): Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa – Wege in die Zukunft, [hsfk.de](http://hsfk.de) (10.11.23).
- 10 Bahr; Lutz (Hg.) (1988): Gemeinsame Sicherheit Konventionelle Stabilität. Baden-Baden, 1988.
- 11 Van Aken (2018): Zivile Krisenprävention Links Denken. In: Solty (Hg.): Eine Welt Ohne Gewalt, [rosalux.de](http://rosalux.de) (10.11.23).
- 12 Medico international; Pro Asyl; Brot für die Welt (2017): Flucht(ursachen)bekämpfung, [medico.de](http://medico.de) (10.11.23).
- 13 Bilous (2022): Eastern Europe’s Tragedy. How the Spheres of Influence Policy Amplifies Reaction, [commons.com.ua](http://commons.com.ua) (10.11.23).
- 14 TSS Platform (2022): Manifest für eine Transnationale Friedenspolitik, [transnational-strike.info](http://transnational-strike.info) (10.11.23).

Langfassung als  
IMI-Studie 2023/03  
„Eine europäische Sicherheitsarchitektur nach dem Ukraine-  
krieg? Friedenspolitische Alternativen“  
online unter [imi-online.de](http://imi-online.de)

